



vertraulich

Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister

Herrn Stadtrat
Hartmut Krien

GZ: (OB) GB 3 02 14

Datum: 20. JULI 2017

Schutz städtischer Leitungsnetze vor Anschlägen
mAF0249/17

Sehr geehrter Herr Krien,

Ihre oben genannte Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 22. Juni 2017 beantwortete in Vertretung von Herrn Ersten Bürgermeister Detlef Sittel, Herr Bürgermeister Dr. Lames wie folgt:

„In der Nacht zum Montag dem 19.6.2017 wurde durch eine vermutlich geringe Anzahl von Zerstörern mit simpel auszuführenden Straftaten, wie das Feuer legen in Kabelkästen, in verschiedenen Teilen Deutschlands ganz immense Störungen verursacht.

Es zeigte sich wieder einmal, wie verletzlich unsere komplexe und vernetzte Welt ist, wenn sich einige destruktive Gehirne Gedanken machen, wo sie mit minimalem Aufwand maximalen Schaden anrichten können.

Der wertvollste Besitz einer Kommune sind bekanntlich seine Leitungsnetze. Insofern hat auch die Stadt Dresden sicher viele Schwachstellen an denen derartige Verbrecher ansetzen könnten um das öffentliche Leben für einen Tag oder mehrere Tage oder auch noch länger lahmzulegen.

Ich frage dazu:

Verlässt sich die Stadt Dresden beim Schutz ihrer diversen Leitungsnetze ausschließlich auf den Schutz von Landes- oder Bundesbehörden oder hat die Stadt auch jemanden oder sogar mehrere Personen, die sich hauptamtlich und in Vollzeit damit befassen sich in das Denken derartiger Personen hinein zu versetzen und die zugleich detailliertes Wissen über die in Dresden vorhandenen Versorgungsnetze und daraus resultierende Schwachstellen haben?

Ist Ihnen der Anschlag auf die Netze der Deutschen Bahn Anlass, eine oder mehrere Personen zu beauftragen sich über die in der Stadt vorhandenen Schwachstellen Gedanken zu machen?

Liegt „in ihrer Schublade“ ein Plan wie vorzugehen ist, wenn beispielsweise durch einen Anschlag die Stromversorgung oder die Wasserversorgung oder im Winter die Wärmeversorgung

für Tage ausfällt und zwar nicht nur wie bei einem Hochwasser in überschaubaren kleinen Teilen der Stadt?“

„Personen, die sich hauptamtlich und in Vollzeit in das Denken derartiger Personen hinein versetzen“, sind bei der Landeshauptstadt Dresden nicht angestellt. Dies hat seinen Grund darin, dass es sich dabei um Aufgaben der Strafverfolgung bzw. Terrorismusbekämpfung handelt, die der Landeshauptstadt Dresden nicht obliegen.

Die Versorgungsnetze im Stadtgebiet sind den jeweiligen Netzbetreibern selbstredend bekannt, die auch für deren Schutz zuständig sind und dieser Aufgabe durchaus verantwortungsvoll nachkommen. Allerdings dürfte unstrittig sein, dass die urbane Infrastruktur angesichts ihres Umfangs und ihres hohen Komplexitätsgrades immer auch störanfällig bleibt und zielgerichteten Angriffen, die mit hoher krimineller Energie vorgetragen werden, mitunter nichts entgegenzusetzen vermag. Einen vollständigen Schutz der Versorgungsnetze wird es daher nie geben können!

Unabhängig davon hat die Landeshauptstadt Dresden als untere Katastrophenschutzbehörde die Aufgabe, „allgemeine Katastrophenschutzpläne und besondere Alarm- und Einsatzpläne zu erstellen“ (§ 36, Abs. 1 Nr. 5 SächsBRKG). In diesem Zusammenhang wurde der Ausfall der Stromversorgung bereits untersucht (BLACKOUT-Szenario). Die entsprechenden Planungen betreffen jedoch nur die Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Katastrophenbekämpfung erforderlich sind und vermögen nicht den jeweiligen Netzausfall kurzfristig zu kompensieren: Ein erfolgreicher Angriff auf die Leitungsnetze unserer Stadt würde daher immer erhebliche Auswirkungen nach sich ziehen können.

Nachfrage Herr Stadtrat Krien:

„Also eine Veränderung des Verhaltens der Stadt durch die Angriffe von Montag ist nicht geplant? Hab ich das so richtig raus gehört?“

Beim Betrieb der Leitungsnetze wird hinsichtlich der Sicherheitsvorkehrungen auch zukünftig eine anhaltend hohe Sorgfalt an den Tag gelegt. Allerdings wollen wir nicht suggerieren, dass sich kurzfristig durch irgendwelche aktionistische Maßnahmen eine wesentliche Erhöhung des Schutzniveaus erreichen ließe: Die Gefährdungssituation hat sich durch die Anschläge auf Schaltkästen der Deutschen Bahn vom 19. Juni 2017 nicht grundsätzlich verändert. Ihr wird, wie oben bereits ausgeführt, seit Jahren im Rahmen der Möglichkeiten Rechnung getragen.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Hilbert

Detlef Sittel
Erster Bürgermeister